Pressemitteilung - 24.03.2015

bringt´s auf den Punkt

Verletzung der Neutralitätspflicht beim Eberstädter Kreisel

Eine großformatige, halbseitige, kostenpflichtige Anzeige im Eberstädter Lokalanzeiger zum „Kreisel“, in der die Bürger von den Vorzügen dieses Projektes überzeugt werden sollen, verstößt nach Meinung der UWIGA gegen die Neutralitätspflicht und demokratische Gepflogenheiten.
Weder dem Oberbürgermeister noch der Baudezernentin steht es zu, im Namen des Magistrats Steuergelder zur reinen Meinungsbildung, Meinungsbeeinflussung der Bürger zu verwenden. Nach geltender Rechtslage dürfen Steuergelder nicht für den Meinungsstreit in der Demokratie verwendet werden.

Es geht hier beim Kreisel nicht um einen Bürgerentscheid oder um eine wie auch immer geartete offene Frage, die argumentativ zu untermauern wäre. Es geht um ein Projekt, das in der StaVo am 19ten März nochmals zur Debatte stand. Die SPD, FDP und UWIGA hatte beantragt, dieses Projekt in den Prozess der Bürgerbeteiligung aufzunehmen. Die regierende Koalition hatte das abgelehnt, unter anderem auch mit der Begründung, der Bau des Kreisels sei abschließend und endgültig bereits in der StaVo am 16.12.2014 beschlossen worden. Bei der Anzeige handelt es demnach eindeutig nicht um eine Argumentation vor einer Entscheidung, sondern lediglich nur um die Rechtfertigung einer getroffenen Entscheidung.

Die Zeitungsanzeige erschien am Tag der Stadtverordnetenversammlung. Demnach schon vorformuliert und aufgegeben, bevor man von der Entscheidung über den Antrag der SPD,FDP,UWIGA in der Stadtverordnetenversammlung wissen konnte. Zugegeben, es wäre unwahrscheinlich gewesen, dass die Koalition diesem Oppositions-Antrag gefolgt wäre und den Kreisel als Vorhaben in die Bürgerbeteiligung aufgenommen hätte. Aber wenn halt doch, wäre diese Anzeige sogar einem Stadtverordnetenbeschluss entgegen getreten. Da diese Sorge bei der Formulierung der Anzeige überhaupt nicht aufkam, unterstreicht, dass man bereits vor der Debatte wusste, wie die eigenen Getreuen abstimmen werden.

Die UWIGA hofft, dass diese Art kostenpflichtiger Anzeigen bei der Stadt nicht Schule machen und demnach künftig Werbung mit Steuergeldern für Vorhaben der Stadtregierung betrieben wird. Letztlich könnte man das natürlich auch auf teurere Print- und TV- Medien ausweiten. Wenn so die Bürgerbeteiligung, bzw. Beeinflussung im Vorfeld mittels Werbekampagnen aussehen soll, dann dürften sich kritische Bürger eher als nicht ernst genommen fühlen und sich verweigern.